
Der lange Atem

In der Rückschau bleibt festzustellen, dass das Ziel zu ehrgeizig war, innerhalb von drei Jahren die Arbeitslosigkeit in Deutschland um 2 Millionen zu verringern. Die institutionelle Reform des sozialen Sicherungssystems, die heute als größte Sozialreform der Nachkriegszeit anerkannt wird, hatte zunächst sogar zu einem Anstieg der Arbeitslosen geführt, weil mit der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe nun deutlich mehr Personen als Arbeitslose registriert wurden als in den vormals getrennten Systemen.¹

Doch war es schließlich nicht alleine der erst mit Verzögerung anlaufende wirtschaftliche Erholungsprozess, der die Reformervwartungen in Gestalt des Abbaus von Arbeitslosigkeit so spät erfüllte. Wir müssen konstatieren, dass der Überzeugungsprozess in der Gesellschaft – in der Politik, in der Wirtschaft, in den Verbänden, in der Öffentlichkeit – sehr viel länger dauert, zumal Arbeitslosigkeit nicht nur eine Folge des wirtschaftlichen Prozesses ist, sondern auch ein strategischer Faktor in ihm. Der sprichwörtliche lange Atem wird benötigt, bis sich neue Konstellationen im politischen und wirtschaftlichen Feld ergeben und ein öffentlicher Wert – Arbeitslosigkeit vermeiden – auch mit der Interessenbildung konform geht und reale Praxis wird. Dies sieht man besonders schön am

1 „Dass in der Grundsicherung für Arbeitsuchende mehr Personen als Arbeitslose erfasst werden als in dem getrennten System von Arbeitslosen- und Sozialhilfe hatte im Wesentlichen zwei Gründe: (1) Erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger wurden häufig nicht als Arbeitslose registriert, weil die Arbeitslosmeldung in einer Agentur für Arbeit unterblieb oder nicht erneuert wurde. (2) Mit der Einführung des SGB II müssen sich auch erwerbsfähige Angehörige bemühen, die Hilfebedürftigkeit zu mindern oder zu beenden. Angehörige von Arbeitslosenhilfeempfängern waren dazu nicht verpflichtet. Die Angehörigen von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen werden aber nur dann als Arbeitslose geführt, wenn ihnen eine Arbeit zumutbar ist. Dies dürfte nur für einen Teil zutreffen, da in vielen Fällen Erwerbstätigkeit (ab 15 Wochenstunden), Schulbesuch oder Betreuung von Kindern dem entgegenstehen.“ Bundesagentur für Arbeit (2009).

Beispiel des Reformmoduls „Kein Nachschub nach Nürnberg“ (das heißt zur Arbeitsagentur). Die Idee dahinter war, alle Anstrengungen zu unternehmen, erst gar keine Arbeitslosen entstehen zu lassen. Mit diesem Ziel sollte erreicht werden, dass alle mittleren und Großunternehmen frei werdende Leute mit Hilfe personalpolitischer Instrumente selbst betreuen und im Unternehmen behalten.² Es dauerte noch bis zur Wirtschaftskrise des Jahres 2008, dass sich Regierung, Wirtschaft und Gewerkschaften darauf verständigten, mithilfe des Kurzarbeitergeldes dieses Ziel zu erreichen. Kräftig unterstützt wurde die Lösung von der demografischen Entwicklung und dem Mangel an Fach- und Führungskräften.

Bundeskanzler Schröder hatte angekündigt, die Kommissionsergebnisse eins zu eins umzusetzen, sofern sie, was geschah, einstimmig verabschiedet würden. Diese Zusage wurde mit wenigen Ausnahmen – etwa die Vorschläge zur Förderung älterer Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und zur Finanzierung zusätzlicher Ausbildungsstellen sowie einige Vorschläge zur Neuorganisation der BA – umgesetzt, solange er die politische Macht innehatte.

Dass die Höhe der Grundsicherung in Höhe der früheren Sozialhilfe festgesetzt wurde, entsprach nicht dem Vorschlag der Kommission. Und statt einer Ausweitung von Leistungen der Arbeitslosenversicherung wurde die Kürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes für Ältere angekündigt. Dass schließlich die organisatorische Umsetzung der Aufgaben nach dem SGB II nicht in die vorgeschlagene Lösung eines einheitlichen Arbeitsmarktdienstleisters einmündete, ist rückblickend als wenig gelungener parlamentarischer Kompromiss zu werten.

Aus dem Beratungsprozess der parlamentarischen Demokratie ist bekannt, dass Vorschläge nie so in Gesetze gegossen werden, wie sie vorgelegt werden. Das war auch hier der Fall. In den Gesetzen, die umgangssprachlich und auch von der Begrifflichkeit unzutreffend „Hartz-Gesetze“ genannt wurden, war dann *nicht überall Hartz drin, wo Hartz draufsteht.*

Zehn Jahre danach wird die Reform von vielen Seiten als einzigartige Sozial- und Arbeitsmarktreform gepriesen, ohne die es Deutschland nicht gelungen wäre, sich von „The sick man of the euro“, so das britische Wirtschaftsmagazin Economist im Jahre 1999³, zu einer international höchst wettbewerbsfähigen Volkswirtschaft mit einem beneidenswert robusten Arbeitsmarkt zu wandeln. Doch machen die Würdigungen zum zehnjährigen Jubiläum auch deutlich, dass die De-regulierung von Arbeitsverhältnissen unerwünschte Folgen mit sich brachte, die

2 Erfolgreich wurde diese Idee 1993 umgesetzt, als Volkswagen 30 000 Leute zu viel an Bord hatte und entschied, niemanden zu entlassen, sondern mithilfe der 4-Tage-Woche und anderen Instrumenten das Problem zu lösen. Als Bestandteil der Kommissionsvorschläge sollte die Idee in Deutschland mit 5000 Unternehmen und Organisationen, die mehr als 500 Beschäftigte haben, umgesetzt werden.

3 *The Economist*, 3. Juni 1999.

teilweise vermeidbar gewesen wären, aber auch schon früher angelegt waren. Nur sind sie durch die Reformen nicht gestoppt, sondern zum Teil verstärkt worden. „Bei aller Kritik im Detail“ – so konstatieren die Arbeitsmarktforscher Möller und Walwei zum 10. Jahrestag – „waren die Reformen im Grundsatz richtig.“⁴

Aber das Problem, die Arbeitslosigkeit in ihrer sich verfestigenden Form zu bewältigen – dieses Problem ist noch nicht gelöst.

4 Ebenda.



<http://www.springer.com/978-3-658-03707-9>

Wege aus der Arbeitslosigkeit
MINIPRENEURE. Chancen um das Leben neu zu
gestalten – Zur Bewältigung von
Langzeitarbeitslosigkeit
Hartz, P.; Petzold, H.
2014, XIV, 189 S. 21 Abb. in Farbe., Softcover
ISBN: 978-3-658-03707-9